



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

die erfolgreiche Bewältigung der Corona-Pandemie steht im Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Das Frühjahr 2020 hat gezeigt, dass wir im Kampf gegen das Virus nur gemeinsam bestehen können — Jung und Alt, Stadt und Land, Gesunde und Kranke, Unternehmen, Schulen und Familien. Wir müssen weiterhin jeden Tag aufs Neue dafür sorgen, dass Deutschland so gut wie möglich durch diese historische Krise kommt. Dafür sind nun weitere Maßnahmen notwendig, um die Kontrolle über die Ausbreitung des Coronavirus nicht zu verlieren. So sind die am vergangenen Mittwoch von der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder getroffenen Beschlüsse zwar hart, aber dringend geboten. Dieses Maßnahmenpaket haben wir einen Tag darauf im Plenum des Deutschen Bundestages ausführlich debattiert (s. folgende Seite). Seit Mitte März haben wir uns allein im Plenum über 70 Mal mit der Corona-Pandemie befasst und dabei rund 30 Gesetze verabschiedet — darunter große Hilfsprogramme mit einem Gesamtvolumen von 1,4 Billionen Euro. Es gehört zu unseren ureigenen Aufgaben, das Regierungshandeln zu kontrollieren und, wo nötig, auch zu korrigieren — zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Bei aller notwendigen Konzentration auf die akute Krisenbewältigung sollten wir gleichzeitig unsere langfristige Zukunftsfähigkeit im Blick behalten. Die Corona-Pandemie hat in manchen Bereichen strukturellen Handlungsbedarf aufgezeigt. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben uns wiederholt dafür eingesetzt, dass wir beispielsweise bei der digitalen Bildung, bei Unternehmensgründungen und bei der Technologieförderung neue Wege gehen. Wir ergänzen einen konsequenten Gesundheitsschutz mit wachsender Innovationskraft, Souveränität und der Sicherung der Arbeitsplätze von morgen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Corona-Pandemie erfordert weitere Maßnahmen

Mit einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag wandte sich die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 29. Oktober 2020 mit einem dringlichen Appell an uns alle — jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns. Denn wir alle sind gefragt, wenn es um die Eindämmung der Pandemie geht. Die Kanzlerin schilderte eindrücklich, warum diese Entscheidungen zu diesem Zeitpunkt „geeignet, erforderlich und verhältnismäßig“ seien. In einer anschließenden Aussprache machte unser Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus deutlich, dass die gesamte Unionsfraktion diese zwar einschneidenden, aber gebotenen Maßnahmen zur Kontaktreduktion mitträgt.



Ralph Brinkhaus unterstrich, dass die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger für uns Priorität habe. Dennoch sei es enorm wichtig, den besonders betroffenen Wirtschaftszweigen mit umfangreichen Hilfsmaßnahmen unter die Arme zu greifen. Ein entsprechendes Hilfsprogramm ist auch Teil der Beschlüsse. Jetzt kommt es auf eine unbürokratische und praktikable Ausgestaltung an, damit unsere gastronomischen Betriebe, die Tourismus- und Veranstaltungsbranche — um nur einige Zweige zu nennen — nicht alleine die Last der Kontaktreduzierung tragen. Denn nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen, werden wir das Oberwasser behalten können.

[Die Plenardebatte können Sie auf der Internetseite des Deutschen Bundestages nachverfolgen.](#)



Bericht aus Berlin

Spürbare Entlastungen für Familien

Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen werden Familien in Deutschland zum Jahreswechsel entlastet. Das „Zweite Familienentlastungsgesetz“ trägt die Handschrift unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das Vorhaben ist uns eine Herzensangelegenheit und ein zentrales Anliegen aus dem Koalitionsvertrag: Es gibt eine Erhöhung beim Kindergeld von 15 Euro und eine entsprechende Anpassung der Freibeträge. Das heißt: Das Kindergeld für das erste und zweite Kind steigt jeweils auf 219 Euro, für das dritte Kind auf 225 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils auf 250 Euro pro Monat. Außerdem werden zur steuerlichen Freistellung des steuerlichen Existenzminimums der Grundfreibetrag angehoben sowie zum Ausgleich der kalten Progression der Einkommensteuertarif geglättet. Um es klar zu sagen: Auf unsere Initiative hin wird seit nunmehr acht Jahren die kalte Progression wirksam bekämpft und regelmäßig ausgeglichen. Das alles zusammen mit den Maßnahmen aus dem Ersten Familienentlastungsgesetz, der Einführung des Baukindergeldes und der Zahlung des Kinderbonus ist ein starkes Signal in dieser Legislaturperiode. Damit stellen wir einmal mehr klar, dass für die Unionsfraktion die Familienpolitik eine besondere Priorität besitzt.

Härtere Strafen gegen Pädokriminelle — mehr Schutz für unsere Kinder

Fast 16.000 Kinder und Jugendliche wurden 2019 in Deutschland Opfer sexueller Übergriffe. In den vergangenen Jahren konnten zwar beeindruckende Ermittlungsergebnisse erzielt werden, aber die Dunkelziffer ist vermutlich sehr hoch. Mit dem „Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder“ werden Kinder besser geschützt — dafür werden zahlreiche langjährige Forderungen der Union endlich umgesetzt. So stuft man die Verbreitung, den Besitz und die Besitzverschaffung von Kinderpornografie endlich zum Verbrechen hoch. Für die Verbreitung von Kinderpornografie sieht das Gesetz eine Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren vor (bisher drei Monate bis fünf Jahre). Das gewerbs- und bandenmäßige Verbreiten soll künftig mit Freiheitsstrafen von zwei bis 15 Jahren geahndet werden können (bisher sechs Monate bis zehn Jahre). Zudem sieht das neue Gesetz eine effektivere Strafverfolgung, mehr Prävention und eine bessere Qualifizierung der Justizbehörden vor. Ein weiterer wichtiger Punkt, in dem sich die Union durchgesetzt hat, betrifft die Fristen für die Aufnahme von relevanten Verurteilungen in Führungszeugnisse: So werden künftig kinderschutz-relevante Verbrechen erst nach 20 Jahren aus dem erweiterten Führungszeugnis gelöscht. So verhindert man, dass pädophil veranlagte Täter etwa als Jugendtrainer in engen Kontakt mit Kindern kommen können.



Bericht aus Berlin

Bundestag debattiert neue EU-Agrarpolitik

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde befassten wir uns als Deutscher Bundestag mit den jüngsten Beschlüssen von EU-Rat und EU-Parlament zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2021-2027.

In einer starken Rede begrüßte die stellvertretende Vorsitzende unserer Fraktion, Gitta Connemann, die Vorentscheidungen ausdrücklich.

Sie stellte sich auch mit großem Elan und sehr überzeugend hinter unsere Landwirtinnen und Landwirte: „Landwirte sind



Klimaschützer!“ Bezug nehmend auf die Vorrede von Renate Künast stellte sie klar: „Klima- und Artenschutz funktionieren nur gemeinsam mit der Landwirtschaft — nicht gegen sie.“ Das ist genau die Leitlinie, die für uns Agrarpolitikerinnen und -politiker der CDU/CSU-Fraktion maßgebend ist. Wir wollen die Fortentwicklung der Branche zu mehr Ökologie und Nachhaltigkeit mit stabilen und verlässlichen Rahmenbedingungen und im Dialog mit den Praktikern begleiten. Dabei ist es uns auch wichtig, dass die Bedingungen für alle Mitgliedstaaten verbindlich sind.

Hubertus Heil beim „Schweinestau“ gefordert

Die Corona-Pandemie führt zu eingeschränkten Kapazitäten in den Schlacht- und Zerlegebetrieben. Auch die Presse berichtete bereits von dem „Schweinestau“, der nicht nur schweinehaltende Betriebe vor große Herausforderungen stellt, sondern auch ein tierwohlrelevantes Problem darstellt. Unsere niedersächsische Landwirtschaftsministerin, Barbara Otte-Kinast, hielt hierzu vor Kurzem eine tiefgehende Rede im niedersächsischen Landtag. Vor dem Hintergrund der Situation begrüße ich den Appell der Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner an den Bundesarbeitsminister Hubert Heil, mit flexiblen und kurzfristigen Lösungen bei der Arbeitszeit für Entspannung zu sorgen. Bis zur Selbstregulierung des Marktes kann das Problem des „Schweinestaus“ nur über die Erweiterung des aktuellen Arbeitsumfangs in den Schlachthöfen entschärft werden. Diesem Aufruf an Bundesminister Heil schließe ich mich ausdrücklich an!



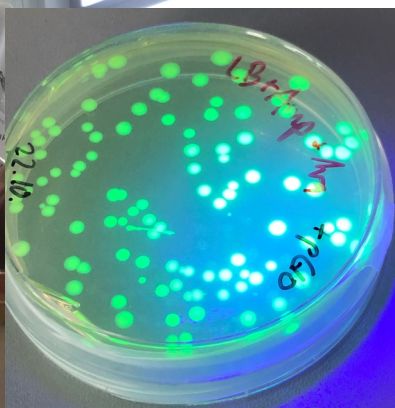


Bericht aus Berlin

Basteln mit der Genschere „Crispr-Cas9“



Am Montag hatten wir Abgeordnete die Chance, hinter die Kulissen der Wissenschaft zu blicken und selbst im Labor die Genschere anzuwenden. Es war sehr interessant, mal in die Haut einer Forscherin zu schlüpfen und im Kittel sowie mit einer Petrischale in der Hand zu arbeiten.



Die Anwendung der Genschere, deren Forscherin, Frau Charpentier, gerade mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, eröffnet viele Möglichkeiten, sowohl in medizinischen wie auch in pflanzenbaulichen Bereichen. So könnte mit dieser Technik den Herausforderungen der Zukunft gerade auch für die Landwirtschaft Rechnung getragen werden.

Austausch mit dem Deutschen Landfrauenverband

Gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin, Katharina Landgraf, empfang ich am Donnerstagabend die Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes e. V., Petra Bentkämper sowie seine Hauptgeschäftsführerin Daniela Ruhe zu einem Gespräch in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages.

In erster Linie ging es dabei um ernährungspolitische Fragestellungen. Zunächst tauschten wir uns im Allgemeinen darüber aus, wie man gesunde Ernährung fördern kann. Schnell kamen wir bei den Themen Ernährungsbildung sowie Kita- und Schulverpflegung an. Wir waren uns einig, dass wir in den Schulen dringend ein Fach „Alltags- und Lebensökonomie“ brauchen. Dieses soll neben der Ernährungsbildung die Vermittlung von Alltagskompetenzen beinhalten. Da sind die Länder gefragt. Darüber hinaus diskutierten wir auch über gleichstellungspolitische Aspekte. Was die Landfrauen aktuell sehr bewegt, sind Schließungen von Geburtsstationen.

Die Abgeordnete Katharina Landgraf brachte ein weiteres Thema zur Sprache: Ihr mache Sorgen, dass immer mehr Menschen — nicht nur, aber auch — in ländlichen Gebieten von Einsamkeit betroffen sind. Zusammen überlegten wir, wie dieser Herausforderung begegnet werden kann.



Bericht aus Berlin

Vor-Ort-Apotheken werden gestärkt

Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken verabschiedet. Denn für die sichere Gesundheitsversorgung sind die Apotheken vor Ort zentral. Sie sorgen für eine verlässliche Versorgung mit Medikamenten sowie qualifizierter, persönlicher Beratung und stehen den Patientinnen und Patienten auch mit Nacht- und Notdiensten zur Verfügung. Gerade in der Corona-Pandemie haben wir einmal mehr bemerkt, dass auch die flächendeckende Apothekenlandschaft ein unerlässlicher Baustein der Gesundheitsversorgung ist. So wurden dort bspw. bei Knappheit eigene Desinfektionsmittel hergestellt. Mit dem Apothekenstärkungsgesetz beenden wir nun endlich, soweit es europarechtlich möglich ist, das Ungleichgewicht, das nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom Oktober 2016 entstanden war. Nach dem Urteil konnten ausländische Versandapotheken (die sich nicht an den Notdiensten beteiligen müssen) ihren Medikamentenabgabepreis frei festlegen und Rabatte gewähren, während unsere heimischen Apotheker an die Festpreise gebunden waren. Es werden ferner zusätzliche pharmazeutische Dienstleistungen eingeführt, auf die gesetzlich Krankenversicherte einen Anspruch erhalten und für welche die Apotheken vergütet werden. Für Apotheker wird auch der Zuschlag auf den Botendienst, den wir während der Corona-Pandemie befristet eingeführt hatten, fortgeführt.

Für Menschen mit Behinderung eine wirkliche Hilfe

Mit dem Gesetz zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge ist dem Bundestag ein großer Wurf gelungen. Mit der Verdoppelung der Behinderten-Pauschbeträge und der Aktualisierung der Systematik erfahren die Betroffenen eine wirkliche Hilfe im Alltag. Wir dürfen schließlich nicht vergessen, dass mehr als sieben Millionen Menschen mit Behinderung in Deutschland nicht durch Einrichtungen oder besondere Dienste der Behindertenhilfe unterstützt werden. So wird der Betrag bei einem Grad der Behinderung von 50 Prozent auf 1.140 Euro steigen, bei 100 Prozent auf 2.840 Euro. Auch wird eine Pauschale künftig bereits bei einem Grad der Behinderung von 20 Prozent gewährt. Die Erhöhung und Ausweitung vermeidet in vielen Fällen den aufwändigen Einzelnachweis von Aufwendungen. Zudem soll ein behinderungsbedingter Fahrkosten-Pauschbetrag eingeführt werden. Bei einem Grad der Behinderung kleiner als 50 soll künftig auf die zusätzlichen Anspruchsvoraussetzungen zur Gewährung des Pauschbetrags verzichtet werden. Der Pflege-Pauschbetrag bei der Pflege von Personen mit den Pflegegraden 4 und 5 soll erhöht und für die Pflege von Personen mit den Pflegegraden 2 und 3 neu eingeführt werden. Der Pflege-Pauschbetrag soll auch unabhängig vom Vorliegen des Kriteriums 'hilflos' bei der zu pflegenden Person geltend gemacht werden können.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Gesetz zur Beschäftigungssicherung infolge der COVID-19-Pandemie. Mit dem Beschäftigungssicherungsgesetz berieten wir in erster Lesung die Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 25. August 2020 zur Verlängerung der vereinfachten Regelungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld. Damit sichern wir Arbeitsplätze von vielen Beschäftigten und helfen die Coronakrise im Winter und im Frühjahr durchzustehen. Die bis zum 31. Dezember 2020 bestehenden Regelungen werden für das Jahr 2021 verlängert. Zudem wird im Laufe des Jahres 2021 durch die mit dem Gesetz zusammenhängenden Rechtsverordnungen u. a. die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge schrittweise zurückgefahren. Ab dem 1. Juli 2021 erfolgt die hundertprozentige Erstattung der Sozialversicherungsbeträge nur noch für Zeiten beruflicher Weiterbildung während der Kurzarbeit. In allen anderen Fällen werden 50 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge beim Bezug von Kurzarbeitergeld erstattet.

Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege. Mit dem Gesetzentwurf debattierten wir in erster Lesung verschiedene Rechtsänderungen zur besseren gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung. Das umfasst unter anderem eine stabile Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr, 20.000 Stellen für Pflegehilfskräfte in Altenheimen und ein dreijähriges Förderprogramm für mehr Hebammen in den Krankenhäusern.

Gesetz zur Verbesserung der Transparenz in der Alterssicherung und der Rehabilitation sowie zur Modernisierung der Sozialversicherungswahlen. Durch diesen Gesetzentwurf sollen die Bürgerinnen und Bürger zukünftig einfach und sicher den Stand ihrer Alterssicherung online einsehen können. Wir werden eine zentrale Stelle für die digitale Rentenübersicht errichten, bei der die Alterssicherungskonten trägerübergreifend abgefragt werden können. Hier werden die Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie aus der betrieblichen und privaten Vorsorge transparent dargestellt. Das Gesetz schafft nun die Rechtsgrundlagen, die Umsetzung wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Des Weiteren wird durch die Modernisierung der Sozialwahlen die Selbstverwaltung der Sozialversicherung gestärkt. Ein wichtiges Signal ist das Ziel, den Anteil der Frauen in der Selbstverwaltung zu erhöhen. Zudem schafft das Gesetz mehr Transparenz bei der Vergabe von Rehabilitationsleistungen. Dabei werden die Zulassung und Inanspruchnahme von Rehabilitationseinrichtungen neu geregelt.

Einen Überblick über die rund 30 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus Berlin

Impressionen aus Berlin



Spannender Vortrag über Genom-Editierung.



Diskussion mit der
Ministerin Dr. Giffey über
den Familienetat 2021.



Im Gläsernen Labor des Campus Berlin-Buch beim „Basteln“ mit der Genschere.



Bericht aus dem Wahlkreis

Dr. Andreas Ebel als Landratskandidat nominiert

Mit einem hervorragenden Ergebnis haben wir als CDU-Kreisverband Gifhorn am 24. Oktober 2020 unseren „alten“ Landrat Dr. Andreas Ebel nach einer ausgezeichneten Rede für die kommende Landratswahl 2021 nominiert!

Mit einer Mehrheit von 96,55 Prozent haben wir ihm einen starken und eindeutigen Vertrauensbeweis ausgesprochen. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit Dr. Andreas Ebel



einen bewährten und tatkräftigen Kandidaten für den 12. September 2021 haben. Es wäre gut und wichtig für unseren Landkreis, wenn er seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen könnte. Dafür werden wir uns in einem engagierten Kommunalwahlkampf einsetzen. Darauf freue ich mich schon!

Zu Besuch beim Männerkreis Ilsede

Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen — so war es mir in der vergangenen Wahlkreiswoche vergönnt, von einem besonderen Platz aus zu sprechen: dem Altar der St. Urban-Kirche in Klein Ilsede. Anlass war die Einladung des dort ansässigen Männerkreises. Aufgrund der geltenden Abstands- und Hygieneregeln bot das Gotteshaus genug Raum, um den Mitgliedern über meine Arbeit als Abgeordnete zu berichten und über die aktuelle politische Lage zu diskutieren.





**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-8: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde;

Kopfzeile S. 9: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller/pixelio.de; **Kopfzeile S. 10:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann;

S. 2: Screenshot Deutscher Bundestag.

Alle weiteren Bilder privat.